

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung
des Umweltausschusses
von Ludwigshafen am Rhein

Sitzungstermin:	Mittwoch, den 17.10.2018
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	17:45 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus, Sitzungszimmer 1

Anwesend waren:

Stadtvorstand

Klaus Dillinger

SPD-Stadtratsfraktion

Günther Henkel

Frank Meier

Hans-Jürgen Bott

Barbara Baur

Markus Lemberger

CDU-Stadtratsfraktion

Manfred Schwarz

Dr. Reinhard Herzog

Liberal Konservative Reformer

Andreas Hofmeister

CDU-Stadtratsfraktion

Klaus Schneider

Barbara Defossé

Karl Heinz Berzel

Maximilian Göbel

Stadtratsfraktion Die Grünen im Rat

Hans-Uwe Daumann

Dieter Netter

FWG-Stadtratsfraktion

Helge Moritz

FDP-Stadtratsfraktion

Bernd Zimmer

Entschuldigt fehlten:

SPD-Stadtratsfraktion

Peter Massar

Udo Scheuermann

Holger Scharff

Georgios Vassiliadis

Hans-Joachim Weinmann

Liberal Konservative Reformer

Oliver Sieh

CDU-Stadtratsfraktion

Ahmet Ay

Wolfgang Leibig
Joannis Chorois
Ulrich Sommer

Stadtratsfraktion Die Grünen im Rat

Christian Brückmann
Ingrid Frühauf

FWG-Stadtratsfraktion

Hans-Peter Berg

FDP-Stadtratsfraktion

Friedrich Bauer

DIE LINKE Stadtratsfraktion

Sabine Gerassimatos
Dr. Liborio Ciccarello

Tagesordnung:

1. Green City Masterplan
Vorlage: 20186365
2. Maßnahmenbündel zur Reduzierung des Verpackungsmülls auf öffentlichen Flächen-
mündlicher Bericht der Verwaltung
Vorlage: 20186366
3. Gemeinsamer Antrag der Stadtratsfraktion Die Grünen im Rat und der FWG-
Stadtratsfraktion; Pestizidfreie Kommune
Vorlage: 20185462
4. Gemeinsamer Antrag der Stadtratsfraktionen Die Grünen im Rat und FWG
Beitritt zum Bündnis Kommunen für biologische Vielfalt e. V.
Vorlage: 20186012

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß.

Protokoll:

zu 1 Green City Masterplan

Der Sachstandsbericht wurde zur Kenntnis genommen.

zu 2 Maßnahmenbündel zur Reduzierung des Verpackungsmülls auf öffentlichen Flächen- mündlicher Bericht der Verwaltung

Der Sachstandsbericht wurde zur Kenntnis genommen.

zu 3 Gemeinsamer Antrag der Stadtratsfraktion Die Grünen im Rat und der FWG- Stadtratsfraktion; Pestizidfreie Kommune

Der WBL, der Bereich "Grünflächen und Friedhöfe", setzt seit 2016 in der Grünflächenunterhaltung keine Pestizide (= chemische Pflanzenschutzmittel) mehr ein, weder auf Wegeflächen gegen unerwünschten Wildkraut- und Gräseraufwuchs, noch im Bereich von Pflanzflächen zur Bekämpfung von Schädlingen.

Die Leistungen werden so ausgeschrieben, dass eine Bekämpfung mit Pestiziden ausgeschlossen ist.

Die städtischen Landpachtverträge enthalten bereits jetzt eine Regelung, um Belangen des Umweltschutzes auf landwirtschaftlichen Nutzflächen zur Beachtung zu verhelfen. Diese ist

mit dem Bereich Umwelt (4-15) abgestimmt.

Firmen mit kommunaler Mehrheitsbeteiligung, wie z.B. Wohnungsbaugesellschaften, werden - vergleichbar der Stadt - auf vielen Flächen Alternativen zu Pestizideinsatz haben oder schon wahrnehmen.

Zu den Themen Biodiversität, Bienen- und Wildbienenschutz und giftfreies Gärtnern gibt es vielfältige Informationen im Internet, von den Naturschutzverbänden und vom Umweltministerium.

z. B. https://mueef.rlp.de/index.php?id=26556&no_cache=1, <https://umweltschutz-im-alltag.rlp.de/de/monatstipps/insektenfreundlicher-garten-maerz2018/>

zu 4 Gemeinsamer Antrag der Stadtratsfraktionen Die Grünen im Rat und FWG Beitritt zum Bündnis Kommunen für biologische Vielfalt e. V.

Das Bündnis der Kommunen fördert die biologische Vielfalt auf kommunaler Ebene. Es trägt zur Umsetzung der Nationalen Strategie für die biologische Vielfalt der Bundesregierung bei (Bundesprogramm Biologische Vielfalt). Durch dieses Programm werden internationale Ziele zum Schutz der biologischen Vielfalt (UN-Dekade der biologischen Vielfalt) in Deutschland gefördert.

In Rheinland-Pfalz unterstützt das Förderprogramm „Aktion Grün“ des Ministeriums für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten (MUEEF) die Biodiversitätsziele.

Das kommunale Bündnis bietet speziell für die Kommunen: interkommunalen Fachaus-tausch, Chancen für gemeinsame Umsetzungsvorhaben und Fachprojekte zur biologischen Vielfalt. Z.B. das Projekt „Stadtgrün – Artenreich und Vielfältig“. Aktuell sind 142 Kommunen Mitglieder im kommunalen Bündnis.

Voraussetzung für den Beitritt ist ein Gremienbeschluss und die Unterzeichnung der Deklara-tion mit Zielen zum Schutz der biologischen Vielfalt.

Der Jahresbeitrag hängt von der Bevölkerungszahl ab. Für Ludwigshafen wären es aktuell 600 € jährlich, ab 2019 660 € jährlich.

Die Verwaltung befürwortet den Beitritt zum Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt e.V.“. Die Fachveranstaltungen, der interkommunale Austausch, die gemeinsamen Projekt-möglichkeiten speziell für die kommunale Ebene erleichtern die Umsetzung der Biodiversi-tätsziele von Bund und Land in Ludwigshafen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss der Vorsitzende um
17:45 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 13.11.2018

Schriftführer

Klaus Dillinger
Vorsitzende/r